

# Völkische Zeitung



10 Pfennig

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhart. Verantw. Redakteur: im Anse. d. Handelsblatt: Carl Misch. Berlin. Ullstein. Anzeigenpreise werden nur zurückgezahlt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasprach-Zentrale Ullstein: Amt Döbmitz (A 7) 3600-3665. Für den Fernverkehr Amt Döbmitz 3600-3666. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 650.

## Der Ruf der Frauen

Knapp vier Wochen erst sind vergangen, seit Frauen aus 42 Staaten in Berlin vor aller Welt dem Kriege den Krieg erklärten. Diese Erklärung galt nicht etwa nur einem europäischen Kriege, sondern jedem Kriege, wo immer er ausbrechen würde. War doch der Grundgedanke dieses Frauenbekenntnisses der Vertreterinnen aus Asien, Afrika, Australien, Amerika und Europa die Einsicht, daß nur ein dauernder Friede aus dem Fortschritt der Kultur gewachsen könne. Die Mütter der ganzen Welt, die Großvätergeneration, einmütig in diesem Proteste.

Der dachte damals, daß sobald ernste Kriegesgefahr am Horizont aufzulaufen würde! Die Mandchüre! — für deutsche Frauen ein Land von fast unermesslicher Entfernung, aber doch nicht zu weit, als daß auch wir deutschen Frauen uns mitunternehmlich fühlen müßten, wenn dort wütend ein Krieg ausbräche. Die Zeit, da uns Kriege weit in der Ferne nicht mehr angingen, ist vorüber. Nicht allein, daß Kriege finden, sondern Menschen auf der Erde leben. Jezt Flugzeuge und Stalio die Entfernungen verringert haben, der Geist der Verantwortlichkeit darf keine Illusionen mehr hegen, sondern muß zu beweisen, daß ihre Rede nicht nur Phrasen war, daß ihr Wille an dem Ernst der Tat nicht scheitert.

Seht ihr es Zeit, daß wir Frauen die Regierungen aller Länder auffordern: wirt an den Weltfrieden ein, löst euren Einfluß aus, setzt alles in Bewegung, um diesen Krieg zu verhindern! Parlamentarierinnen aller Länder, bewißt, daß der letzte Sinn eurer Arbeit sich nicht in der Gesetzgebung für das eigene Land erschöpft, sondern Menschheitsaufgaben dient! Geht auf die Frauenorganisationen nicht ihr Hart genug ein, werdet es sein, auch in den Männern das Gewissen zu wecken, damit der Punkt gelöst wird, ehe die Welt in Aufruhr und Anarchie und Kulturen verdrängt. Die Frauen haben dies nicht verzeihen — wir wollen keinen Weltfriede, Frauen aller Länder vereint — Männer der ganzen Welt helfe den Frauen in diesem Kampf gegen den Krieg.

Dr. Margarete Edelheim.

## Vier Großmächte interbenieren

### Im Ostaften-Konflikt

London, 20. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

In diesem, mit untrübteter diplomatischer Reife verfaßten Briefe in Verhältnis amerikanischer Redaktionen, doch erstens, noch einem intensiven, aber außerordentlich stark verhaltenen Streitwechsel zwischen London, Paris, Tokio und Washington, unter diesen vier Mächten, die das Pazifik- und Ozeanienkommando, das auf der Washingtoner Konferenz von 1921 abgeschlossen wurde, untereinander haben, einigsteig über eine gleichzeitige Intervention im russisch-japanischen Konflikt ergeht worden ist.

Die Intervention mögliche sich in zwei Parallelen: Aktion: Ozeanienkonflikt. Stimuliert hat es überkommen, Australien und China daran zu erinnern, daß sie nach Abschaffung der vier oben genannten Mächte nicht berechtigt seien, den Konflikt über die ozeanische Pazifik mit Waffengewalt auszugetragen. Die amerikanische Mitteilung wird besonders darauf hinweisen, daß der zwischen Russland und China entstandene, vorwiegend technische und wirtschaftliche Konflikt sich ganz besonders gut für (schiedsgerichtliche) Erledigung eignet, da weder die nationale Ehre noch viele Lebensinteressen der beiden Völker in Mitleidenschaft gezogen seien. Der amerikanische Ozeanienkonflikt hat es unternehmen, eine neue strategisch-politische, die auf weiterer Bewegung beruhen sollten, zur Kenntnis der japanischen Regierung zu bringen und in Standung zu beizurufen.

Japanischer Botschafter hat es im Einverständnis mit Stimuliert überkommen, dem russischen Botschafter in Paris die amerikanische Mitteilung zu überreichen und gleichzeitig dem russischen Diplomaten die Bereitwilligkeit der französischen Regierung zu erklären, Mitteilungen, die zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts führen können, nach Washington weiterzuleiten, sowie Mitteilung an die japanische Regierung.

Stimuliert und Briand haben sich zu einer Art von „cooperativer Bewegung“ für die Bewegungen, den Konflikt friedlich beizulegen, konstituiert. Die englische und die japanische Regierung vertreten die Auffassung, daß Amerika und

Frankreich zur Vermittlung besonders geeignet seien, weil sie an der Behauptung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Mandchurie und in Korea die weniger interessierten seien als England und Japan, die durch die Befragung von England und Frankreich kam, durch die japanische Einflussnahme in der Mandchurie nicht als „wichtig neutral“ bezeichnet werden könnten.

New York, 20. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach den Redaktionen, die von der mandchurischen Front zurück, ist es zwischen den beiderseitigen Grenzstruppen getrieben zu einem Schermentil gekommen. Die Russen haben sich jedoch wieder zurückgezogen. Die Chinesen werden unangekündigt Truppen an die Grenze. Getrieben sind die Tunnel der chinesischen Ozeanien durch die Pazifikschiffahrt gesprengt worden. Das 5. und 10. Regiment der Klink-Armee ist an die Grenze herbeigekommen. Japanischland Russen sind nach Sibirien geschickt worden. In Cherdin ist es wurde das Landrecht proklamiert.

## Stunde oder Scheveningen statt Luzern?

Paris, 20. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach seiner gestrigen Unterredung mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Herzoglich wurde Botschafter von Tokio am Abend Briand selbst auf, um auch ihm gegenüber die Wunsch der Reichsregierung zu betonen, daß die Vorbereitungen zur Einberufung der internationalen Regierungskonferenz beschleunigt und das Organisationskomitee für die Preparationsarbeit möglichst bald einberufen werde.

Nach der englische Botschafter in Paris, Lord Curzon, sprach gestern Abend der Briand vor und gab dem französischen Botschafter die lange erwartete Antwort Englands auf die letzte Note Briands. Er verzichtete dabei, wie bereits inoffiziell bekannt war, auf London als Tagungsort und gab nur dem Wunsch Macdonalds Ausdruck, daß die Konferenz in nächster Nähe von London, also nicht in der Schweiz, stattfinden solle.

Wie der „Welt Posten“ behauptet, soll er geradezu Stunde als Konferenzort vorgeschlagen haben. Der „Matin“ erwidert, daß auch von Spa, von Scheveningen und dem Haag die Rede gewesen sei. Die Reichsregierung jedoch, meint der „Matin“ weiter, nur ungern nach Spa gehen. Andere Minister müßten aus Gesundheitsrückgründen einen Konferenzort am Meer ablehnen. Die Entscheidung über die Wahl des Konferenzortes soll aber, wie die genannte Pariser Presse erklärt, bis spätestens zu Beginn der nächsten Woche fallen.

Genererum im „Matin“ läßt heute einen neuen Verlaufsballon fliegen. Er macht den Vorschlag, die für September bestimmte Weltverkehrsabtagung bis zum Monat Oktober hinauszuverschieben. Dadurch hätte man den Vorteil, daß man die internationale Regierungskonferenz, wenn nicht direkt parallel, so doch in aller Nähe nach den Bedürfnissen der sehr beliebten Verhandlung vorziehen könne.

## Verschiebung der Genfer September-Tagung

Genf, 20. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Zu der von einer Pariser Zeitung gemachten Mitteilung, eventuell den Beginn der auf den 2. September einberufenen 10. Völkervereinbarung etwas hinauszuverschieben, falls die politische Konferenz zur Einberufung der Kriegskonferenz länger Zeit in Anspruch nehmen sollte, als die kurze zur Bestimmung fischerer Sparten vom 6. bis Ende August, bemerkt man in höchsten möglichen Grade, daß eine solche Verschiebung des Datums der Völkervereinbarung nicht unmöglich wäre.

Die Bestimmung, daß die Verammlung des Völkervereinbar am ersten August im September stattfinden muß, ist eine geschlossene, unumkehrbare Bestimmung, und da die Einladungen vom amtierenden Präsidenten des Rates vier Monate vor Beginn erteilt werden müssen, ist man hier der Meinung, daß der amtierende Präsident eventuell auch eine Verschiebung des Datums vornehmen kann, wenn die politischen Ereignisse sie notwendig erscheinen lassen.

## Endkampf um die Ratifizierung

### Briand gegen Franklin Bouillon

Paris, 20. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Wenn alles nicht geht, wird die Kammer in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag oder spätestens Sonntag früh die Schuldabkommen mit England und Amerika ratifiziert haben. Die Minister hatten gestern anlässlich der Aussprache im Senat, die ihm die Teilnahme an den Sommerarbeiten vorläufige unmöglich macht, einen Antragsteller daran gebracht, die Diskussion bis auf die nächste Woche vertagen zu lassen. Poincaré selbst aber hatte gegen diese Idee auf das bestmögliche protestiert. „Wir werden schließlich bis Sonntag früh fertig sein“, erklärte der Innenminister Tardieu gestern in seinem Optimismus, und wenn der Ministerpräsident Poincaré wegen seiner Unmöglichkeit an den letzten Sitzungen nicht teilnehmen kann, dann werden wir ihm das Ratifizierungsgeheimnis für und fertig am Sonntag früh im Senat liefern.“

Wenn es nach der bisherigen Ergebnisse der Diskussion auftritt Baudet fällt, daß die Mehrheit der Kammer zur Ratifizierung entschlossen ist, so herrscht nach wie vor über das Wie der Ratifizierung die größte Unsicherheit. Die Regierung ist im Augenblick dabei, eine Formel für das Ratifizierungsgeheimnis zu finden, und sie sucht diese Formel aus den verschiedenen bisher schon eingebrachten Resolutionen zusammenzustellen. Der Finanzminister Clémence hat gestern erneut betont, daß die Vorbehalte nicht im eigentlichen Ratifizierungsgeheimnis, sondern in einem besonderen Geheimnisgeheimnis bzw. nichtgeheimlich werden müssen. Wenn auch diese Vorbehalte noch immer zu peinlichen Überlegungen führen kann, so ist doch die größere Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß auch sie glatt geht werden kann.

Im vorrätigsmäßig am Sonntag früh fertig zu werden, hat die Kammer gestern noch eine Ratifizierung abgelehnt. Sie verließ sich der ganze getriebene Tag ruhig, denn einmal kamen nur die Sprecher der kleinen Splitterpartei von rechten Zentrum und der äußersten Rechten zum Wort, und dann bildete sie jetzt auch die Argumente Poincarés gegen die Ratifizierung läßt erschöpft.

Zunehmend aber drängt die Ratifizierung einen immerhin zusammenhalt zwischen Briand und dem Abgeordneten Franklin Bouillon. Franklin-Bouillon wollte ursprünglich verlangen, ein „amtliches Abenteurer“ zu erneuern, denn er verlangte, daß die französische Regierung eine neue Verhandlungs-Delegation unter der Führung eines ihrer Minister nach Washington schickte. Er stellte sich bei dieser Gelegenheit sogar erlaubt, daß bei seinem letzten erfolgreichen Vorstoß die Regierung sich nur auf ein Telegramm an Washington beschränkt habe, nicht aber einen Minister oder Botschafter selbst über den großen Tisch geschickt habe.

Briand wies diesen demagogischen Vorstoß Franklin Bouillons mit großer Schärfe zurück. „Sie haben also nicht genug mit der letzten Entscheidung, die Sie aus auf den Hals gezogen haben“, begann er. „Wenn Sie denn damals nicht gleich vorgezogen, daß ein Minister persönlich nach Washington reise? Ich wäre unter keinen Umständen hingekommen. Wenn ich hätte Ihnen mein Amt geben abgetreten, damit Sie es tun konnten. Wollen Sie Ihnen selber noch letztmal wiederholen, daß Sie damals schon aufgefordert wurden, nicht etwa ich mich, sondern Sie selbst nach Frankreich. Aber es geht unter keinen Umständen an, daß Sie jetzt glauben machen wollen, die Regierung hätte Ihre Pflicht nicht getan.“

Hiernach hat bisher auch nur ein Wort dagegen gesagt, daß die Regierung beim letzten Mal nur ein Telegramm geschickt hat. Sie haben jetzt genug auf dem Stufen des französischen Botschafter getreten. Man darf die Rede nicht aufkommen lassen, daß die Regierung ihre Pflicht nicht getan hätte. Ich finde es auf das höchste unerschwerlich, daß Sie jetzt nach 14 Tagen nicht aufzukommen wollen, als hätte ich meine Pflicht nicht getan. Ich sage Ihnen noch einmal, wenn Sie von mir verlangen, daß ich nach Washington reise, werde ich es nicht tun. Zum Sie es an Interaktionen, es handelt sich um die Ratifizierung. Wer ratifizieren will, muß ich sagen, was nicht will, muß nicht sagen. Wenn die Kammer die Regierung für unfähig hält, soll sie sie von die Sätze setzen.“